

Breslauer



Beilage.

N^o 257.

Montag den 16. September

1850.

Telegraphische Korrespondenz

für politische Nachrichten und Fonds-Cours.

Paris, 13. September. Der Präsident ist gestern um Mitternacht hier eingetroffen. Der „Siecle“ kündigt für die nächste Woche ein Versöhnungs-Manifest der beiden Bourbonnen-Linien an.

Die „Liberte“ wird als orleanistisches Organ wieder erscheinen.

3% 58, 05. 5% 93, 75.

Hamburg, 14. September. Schwaches Geschäft, matt. Köln-Minden 97 1/2. Nordbahn 39. Getreidemarkt leblos. Del p. October 23 1/2 bez., p. Mai 22 1/2. Kaffee 4 1/2. Umsatz 4000 Sack. Zink 5000 Ctr. loco 10, auf Lieferung 10 1/2.

Stettin, 14. September. Roggen 33 1/2, 35, p. Herbst 33 1/2, 34. p. Frühjahr 37 1/2. Weizen 38. Rüböl p. Herbst 12 1/2. Spiritus loco 24, p. Frühjahr 22 1/2. Weizen 22 1/2.

Frankfurt a. M., 14. September. Nordbahn 42 1/2. Darmstadt, 13. September. Die Regierung beantragte bei der Kammer Steuerbewilligung bis zum Schluss des Jahres. Von Seiten eines Abgeordneten wird auf Steuerverweigerung angetragen. Ein Dank des Vaterlandes an Kurhessen wird einstimmig votirt.

London, 13. September. Getreidemarkt fest. Kaffee, Ceylon 47 Auktion gut abgegangen. Zucker fest. Baumwollflau.

Triest, 14. September. Wochenbericht: Kaffee höher, sehr stille Geschäfte auf Spekulation auch schwimmen. Rio 29, neues 36. Domingo 34 bis 36. Java 35 bis 36, Portorico 40 bis 41. Zucker viel gemacht, weiß Bahia 14 bis 17. Fernambuko 19. Maskabat 11 1/2. Blond Havana 13 1/2 bis 16 1/2. Saccas fester 19 1/2 bis 20. Pfeffer 21. Pigment 43 bis 44. Cassia lignea gesucht 70 bis 73. Baumwoll wenig Geschäft, Preise fest. Getreide wenig Vorräthe und Verkäufe. Delsamen fest.

Rom, 9. September. Gerüchweise wird am 16. die Veröffentlichung der organischen Gesetze erwartet.

Preußen.

Berlin, 14. September. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Dem Kommandanten von Spandau, Obersten Weigand, den rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub; und den für die Militär-Bau-Angelegenheiten in Berlin und Charlottenburg angestellten Bau-Insp. Drenow den Charakter als Bauarch zu verliehen.

Se. Königl. Hoheit der Prinz Albrecht ist nach Straßburg und Rügen abgereist.

Angekommen: Se. Excellenz der General-Lieutenant, General-Insp. der Festungen und Chef der Ingenieure und Pioniere, Bese, von Stettin.

[Militär-Wochenblatt.] Winzens, Krause, Quinque, Wietich, Berger, p. H. mit dem 2. Ingen.-Bsp., sämtl. zu außerordentlichen Sel.-R. mit Inf.-Gehalt ernannt. v. Suchobolsky II., Schwarzer, Sel.-R. vom 10., ins 18. Inf.-Regiment versetzt.

*** **Berlin, 14. Sept.** [Die Antwort des Königs an die Deputation der konservativen Partei.] Gestern früh 8 Uhr wurde die Deputation der konservativen Partei durch telegraphische Depesche zum Könige um 12 Uhr nach Sanssouci beschieden. Sie bestand aus den Herren Henkel, Firmenich, Samekji und Vollgold. Der Erste verlas die Adresse, da Dr. Seppert durch Unwohlsein an der Führung der Deputation verhindert wurde. Der König ging den Eintretenden sehr freundlich entgegen, begrüßte sie, hörte die Adresse an und beantwortete sie in einer wohl halbzuwunderbaren Rede Punkt für Punkt. In der Adresse wurde versichert, daß die Hauptabsicht durch die Gemeinderathswahlen sich als eine zur Erkenntnis gekommene Stadt bewiesen, die ihren verdunkelten Ruf wieder gereinigt habe; die Rückkehr des Königs wurde aus dem Drange der Bürgerchaft nach Wiedervereinigung mit ihrem Fürsten als die inoffizielle Wunsch der Stadt erklärt und zugleich an die feierlichen Verheißungen für die nationale Entwicklung Deutschlands gemahnt. Der König erwiderte u. A. ungefähr Folgendes:

„Sie haben, m. G., herzliche und erfreuliche Worte an mich gerichtet. Von den Berliner Bürgern ist bei den Gemeinderathswahlen Außerordentliches geleistet. Ich habe es wohl verfolgt, mit welchem Eifer Sie sich der Sache hingeworfen haben, um ein so überraschendes Ergebnis herbeizuführen. Es hat meine Hoffnungen neu gestärkt und ich sehe einer erfreulichen Zukunft entgegen. Zur Anerkennung dessen werden ich und die Königin jedenfalls nach Berlin zurückkommen, wenn auch der Gesundheitszustand der Königin ihr einen dauernden Aufenthalt daselbst nicht gestatten sollte. — Was Sie zum ersten Male gesagt, war mir aus dem Munde Preussens und meines eignen Gedankens, und es ist mir wahrhaft erfreulich, daß Sie eine so begeisterte Zustimmung gefunden haben. Ich bin der beste Preuss, das werden Sie mir wohl glauben, m. G., so lange ich aber denken und reden kann, bin ich auch der beste Deutsche.“

Schließlich wies der König in Bezug auf die Wahrung der Ehre Preussens auf die fünfzehnjährige Geschichte seines Hauses und jene der durch dasselbe „glorreich verbundenen Stämme.“ Er rechnete auf die Zustimmung der Kammern und wenn es zum Aeußersten käme, auf sein getreues Volk.

C. B. **Berlin, 14. Septbr.** [Die kurhessische Angelegenheit.] Heute findet ein Kabinetsthat in Sanssouci statt. Die kurhessische Angelegenheit beschäftigt denselben. Die Meinungen, was Preußen jenem Konflikt gegenüber zu

thun habe, sind verschiedene. In den leitenden Kreisen scheint die Ansicht vorzuherrschen, daß, so lange jener Konflikt nicht einen andern Charakter annimmt, als den bisherigen — des Zerwürfnisses zwischen Ständen und Regierung — auch das preussische Gouvernement keine Veranlassung habe in Kurhessen einzuschreiten. Dem gegenüberstehend ist in jenen Kreisen, welche schlechthin als „Gothaer“ bezeichnet werden, die Meinung maßgebend, Kurhessen, obschon es sich von der Union zurückgezogen habe, gehöre rechtlich dieser doch an, und Preußen müsse deshalb von Unions wegen einschreiten. — Was bis jetzt positiv geschehen konnte, ist geschehen, so viel wir wissen. Man hat die seitens der derzeitigen kurhessischen Regierung wie dem Souverain jenes Landes die eindringlichsten Vorstellungen gemacht, und sie von einem Beginn abgemahnt, das nur zu sehr gegen das monarchische Prinzip in seinen Endresultaten gerichtet sein müßte. (S. unten.) — Wir zweifeln mit gutem Grunde, daß der heutige Kabinetsthat anderes beschließen wird, als sich einem etwaigen Einschreiten großdeutscher Regierungen zu widersetzen, das in seinen Motiven dahin gehen würde, zunächst die westliche militärische Linie Preussens zu durchbrechen, und in weiterer Folge vielleicht auch in Baden einer Politik Bahn zu brechen, als deren Repräsentant Herr Hassenpflug jetzt offen aufgetreten ist.

[Zwei Noten] sind im Laufe dieses Monats — wie die N. Dr. 3. berichtet — von der diesseitigen Regierung dem kurfürstlichen Kabinet in Kassel übergeben worden, die eine, gleichlautend an das Kurfürstentum wie an das Großherzogthum gerichtet, dringt auf eine entscheidende Entscheidung in Bezug auf den Austritt aus der Union; die andere, erlassen unmittelbar nach dem Eintreffen der kurfürstlichen Verordnung vom 4. d. M., spricht es aus, daß die diesseitige Regierung jene Verordnung nicht billige, weil sie sich nicht habe überzeugen können, daß alle gesetzlichen Mittel bereits erschöpft gewesen.

Berlin, 14. September. Se. Excellenz der Herr Minister des Innern treten heute (Sonabend) Abends die mehrfach aufgeschobene Reise zur Inspektion der königl. Regierungen der Rheinprovinz und Westfalens an.

[Vermischte Nachrichten.] Nach neueren Nachrichten ist es wieder ungewiß geworden, ob der König, wie es früher allerdings beabsichtigt war, sich morgen zum Manöver bei Mönchengladbach und demnach mit der Königin nach Erdmannsdorf begeben wird. — Den weiteren Nachrichten aus Kassel, die erst im Laufe des Tages eintreffen können, sieht man mit unglaublicher Spannung entgegen. Allgemein wünscht man, daß nicht nur das Ministerium Hassenpflug entlassen werde, sondern auch der Kurfürst selbst der Regierung entsage. Sogar unter den absolutistisch Gesinnten findet die Kasser Regierung keine Theilnahme und namentlich verachtet man es sehr, daß sie das Militär in die Lage versetzt, das gefährliche Beispiel der Zukünftigen des Gehorhams zu geben. Mit welcher Gleichgültigkeit endlich die Hofpartei die Hofpost aufgenommen hat, erhellt daraus, daß, obwohl die telegraphische Depesche von der Flucht des Kurfürsten und seiner Minister schon am frühen Morgen hier war, doch gestern Abend vom König zu Ehren seiner hohen Gäste eine große Festlichkeit im neuen Palais bei Potsdam gegeben wurde. — Unter den hier jetzt angekommenen Fremden befindet sich auch der bisherige russische Gesandte in Wien, Graf v. Mubem, der in neuerer Zeit wegen seiner Agitationen im österreichischen und großdeutschen Sinne oft genannt wurde. Man glaubt, daß er aus Rücksicht auf diese Agitationen von seinem Posten entfernt wurde. — Es taucht hier seit Kurzem in gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen das Gerücht von Unterhandlungen auf, welche zwischen der Krone Preussens und den Anhaltiner Ländern betreffs einer Einverleibung derselben in den preuss. Staatsverband schweben sollen. So viel scheint gewiß, daß die Verweigerung der Herzogthümer den allgemeinen Wunsch haben, dem großen Nachbarlande, welches sie ohnehin als seine Enklave umschließt, ganz einverleibt zu werden. Eine Militär-Konvention ist Anhalt-Vernberg bekanntlich bereits mit Preußen eingegangen, in Folge welcher das Kontingent desselben jetzt mit den diesseitigen Truppen ein gemeinschaftliches Manöver bei Magdeburg ausführt. Nach einem andern Vernehmen würde aber auch bereits lebhaft über eine gemeinschaftliche Gerichts-Organisation unterhandelt, in Folge welcher das hiesige Ober-Tribunal zugleich die oberste Gerichtsbehörde für Anhalt-Vernberg werden soll. — Die 18. Oktoberten Stadtverordneten, deren Eröffnung aus der Stadtverordneten-Versammlung, wie wir bereits meldeten, die Bestätigung der Regierung in Potsdam erhalten hat, gedenken sich hier nicht zu beruhigen, sondern ihre Beschwerden an das Ministerium zu versenden. Sie haben dem Magistrat hiervon bereits Anzeige gemacht und deshalb einstweilen die Zurücklieferung der ihnen bereits abgeforderten Amtsetken noch beanstandet. Es ist inzwischen vorausgesetzt, daß das Ministerium nicht anders entscheiden wird, als der Magistrat und die Regierung. — Unter den Gewerben ist eine neue lebhaft Agitation gegen den Magistrat entstanden und diesmal betrifft sie recht eigentlich den nervum rerum: das Geld. Der Magistrat hat nämlich für seine Deputirten, welche nach gesetzlicher Vorschrift den Innungs-Prüfungs-Kommissionen vorstehen, auch einen Antheil an den Prüfungsgebühren verlangt. Bisher bezogen die Mitglieder der von den Innungen gewählten Kommissionen diese Gebühren für sich allein und die Theilung kommt ihnen daher nichts weniger als genehm. Es hat bereits eine Versammlung des Altmeister-Komitee's stattgefunden, in welcher man sich lebhaft dagegen motivirte. Inzwischen hat die Regierung die Ansprüche des Berliner Magistrats bereits genehmigt und die Disposition der Gewerke wird diesmal sicherlich von der Leistungspflicht entbinden. — Auch der Gewerberat scheint dem Magistrat gegenüber oppositionelle Lebenszeichen von sich zu geben. In einer seiner letzten Sitzungen hat er sein Resorverhältniß zum Magistrat in Verathung gezogen und dasselbe dahin festgestellt, daß er dem Magistrat nicht sub., sondern koordinirt sei, indem er unmittelbar unter der Regierung stehe. Es wird sich sehr fragen, ob der Magistrat hiermit einverstanden ist. Sollte er es aber sein, so dürfte sich daraus wahrscheinlich nur das Fundament zu weiteren Konflikten ergeben. — Nachdem der Gewerberat sich durch Vornahme seiner Wahlen definitiv konstituiert hat, ist er an seine Geschäftsführung gegangen, worin

wöchentlich vorläufig eine Sitzung und zwar aus Rücksicht auf die Arbeitsnehmer in den Abendstunden beschloffen ist.

(A. Z. C.)

Bei der am 30. v. Mts. stattgehabten Neuwahl eines Abgeordneten zur zweiten Kammer für den 6. Frankfurter Wahlbezirk (Bühlchen) ist der bisherige Abgeordnete, Staatsanwalt Hahn-dorff zu Krossen wieder gewählt worden und hat die Wahl angenommen.

Der General-Landschaftsrath v. Heiden-Carlrow hat sein Mandat als Abgeordneter zur ersten Kammer für den ersten Stettiner Wahlbezirk (Anklam) niedergelegt. Es wird daher eine neue Wahl stattfinden.

Durch ein Versehen ist in der gestrigen Nr. der frühere Oberbürgermeister Ziegler als „aus Brandenburg entflohen“ bezeichnet worden. Die Verwechslung mit dem Bürgermeister Zimmermann liegt auf der Hand. Herr Ziegler ist mit einem auf 3 Monate gültigen Ministerial-Passe nach Carlsbad gereist.

Am 12. d. Mts. kamen hier 579 Personen an und reisten 535 ab. Angekommen: der bisherige kaiserlich russische Gesandte am kaiserlich österreichischen Hofe, Graf v. Mubem von Tschep. Bis zum 12. Mittags waren als an der Cholera erkrankt gemeldet 814. Zugang bis zum 13. Mittags 23. Summa 837. Davon sind genesen 237, gestorben 460, in Behandlung geblieben 140. Unter den Zugewandten sind 6 Todesfälle. (C. C.)

Potsdam, 14. Sept. [Militärisches.] Gestern Morgen mandirte die gesammte hiesige Garnison im Feuer auf dem Exercierplatz vor dem Jägerthore. Se. Majestät der König, begleitet von den anwesenden Prinzen des königlichen Hauses und dem Prinzen Wisa, königliche Hoheit, wohnten den Uebungen von Anfang bis zu Ende bei und ließen zum Schluss die Truppen en parade vorbeiziehen. Ihre Majestät die Königin erschienen zu Wagen auf dem Exercierplatz bald nach dem Beginn des Exercitens und blieben daselbst bis zur Beendigung des Vorbeimarsches. — Hiermit waren die Herbstübungen des Garde-Korps beendet. Auf diese Veranlassung hatten Se. Majestät der König gestern Abend sämtliche Generale und Stabs-Offiziere der Garnisonen Berlin, Potsdam und Spandau zur Theater-Vorstellung und Souper im neuen Palais befohlen. Die Vorstellung begann mit einem Duett aus der Oper „Die Hugenotten“, gesungen von Mad. Kückenmeister-Rudersdorf und Herrn Salomon. Hierauf ward die „Komödie der Irrungen“, nach Schaferspeare von C. v. Holtei bearbeitet, gegeben. Die Vorstellung schloß mit einem Pas de deux, ausgeführt durch Mad. Tagioni und Herrn Hoguet-Beltrid. (St.-Ang.)

Koblenz, 12. September. [Militärisches.] Eingelassen neueren Befehlen zufolge wird nunmehr doch ein größeres Divisionsmanöver in unserer Nähe abgehalten, wozu auch die zusammengezogenen Landwehrkompagnien, die hienach nun auch nicht nach Kreuznach marschiren sollen, Theil nehmen werden. Das 25. und 15. Regiment, so wie das in und bei Andernach stationirte 8. Ulanenregiment und 2 Batterien sind außerdem zu diesem Manöver bestimmt, welches zunächst in der Umgegend des auf der rechten Rheinfeste gelegenen Fiedens-Bendorff stattfinden wird, wo auch unsere Pioniere eine Rheinbrücke schlagen werden. Ein Festungskrieg mit mehreren Angriffen auf einige unserer äußeren Forts wird am 20. diese Herbstübung beschließen. Zu einer Entlassung der Reserveemannschaften, überhaupt zu einer Verminderung des effektiven Standes der Truppen sind hier noch keine Befehle eingetroffen. (Ref.)

Deutschland.

*** **Kasse, 13. September.** Wie ein Lauffeuer verbreitete sich heute früh die Nachricht durch die Stadt, daß der Kurfürst mit seinen Ministern Hassenpflug, v. Haynau und von Baumhach abgereist sei. Die Beschäftigung derselben ließ nicht lange auf sich warten. Der Vorstand des permanenten Ausschusses Schwarzenberg und der Landynklus Diels überzeugeten sich von der Wahrheit der Thatfache. Ein Bataillon der Bürgergarde trat sofort unter Gewehr und bezog in jedem Stadttheile eine Wache. Die Stadt ist übrigens so ruhig wie sie es überhaupt in der letzten Zeit war. Man hat sich gegenseitig verpflichtet, einen Frieden, welcher nur den geringsten Versuch zu einer Ruheföhrung machen sollte, sofort zu verhaften, indem das nur ein Anhänger Hassenpflugs und Konforten sein kann. Wahrheit mußte sich dem Volk. Hier können die Feinde der Freiheit lernen, was es heißt, ein Volk ist reif für die verfassungsmäßige Freiheit. Es kennt seine Rechte und seine Pflichten. Hier ist kein Wille, s. g. demokratisches Treiben, sondern hier führt jeder Tagelöhner, ja fast jeder Lehrsung seit ein paar Tagen seine konstitutionelle Waffe, seinen Auszug aus der Verfassung bei sich, um jedem zu rufen zu können: so weit und nicht weiter! — Gegen 11 Uhr kam eine Eskadette hier beim Kriegsministerium an und brachte die Nachricht, daß die weiteren Befehle fürs Militär von Bockenheim, bei Frankfurt aus erfolgen sollten. Der Kurfürst hat auf dem kürzesten Wege die Grenze überschritten und ist nach Hannover zu. Dieser Umstand giebt der Reise mehr den Anstrich einer Flucht — durchs Hannoverische nach Bockenheim bei Frankfurt, das ist ein ganz eigener Weg. — Von Seiten der städtischen Behörde wird eine Ansprache an die Bürger verbreitet. — Obermüller, der seiner Zeit vielbekannte Redakteur der Frankfurter Zeitung, welcher hier ein ministerielles Blatt herausgeben sollte, und sich seit mehreren Tagen hier herumtrieb, hat sorben die Weisung erhalten, binnen zwei Stunden die Stadt zu verlassen, und ist bis zu seiner Abreise von einem städtischen Polizeimann in seinem Zimmer bewacht. Die Helfershelfer des Hassenpflug, Ulmer, Ades und Klinkerfuss sind bereits gestern abgereist. Wir wissen im Augenblick nicht, was der nächste Bringen wird; aber so viel wissen wir, daß wir mit unserer Verfassung in der Hand auf dem Rechtsboden stehen und kein Haar breit davon abgeben werden und unsere deutschen Brüder werden uns in diesem Kampfe durch ihre Sympathien beistehen. Wir wollen es zeigen, daß deutsche Treue, deutsche Medlichkeit und deutsche geschworene Eide noch in der Brust des Volkes leben, wenn sie auch anderswärts schon längst abgestorben sind. Gott wird mit uns sein

würde schon längst abgestorben sind. Gott wird mit uns sein

würde schon längst abgestorben sind. Gott wird mit uns sein

würde schon längst abgestorben sind. Gott wird mit uns sein

würde schon längst abgestorben sind. Gott wird mit uns sein

würde schon längst abgestorben sind. Gott wird mit uns sein

würde schon längst abgestorben sind. Gott wird mit uns sein

würde schon längst abgestorben sind. Gott wird mit uns sein

würde schon längst abgestorben sind. Gott wird mit uns sein

würde schon längst abgestorben sind. Gott wird mit uns sein

würde schon längst abgestorben sind. Gott wird mit uns sein

würde schon längst abgestorben sind. Gott wird mit uns sein

würde schon längst abgestorben sind. Gott wird mit uns sein

würde schon längst abgestorben sind. Gott wird mit uns sein

würde schon längst abgestorben sind. Gott wird mit uns sein

würde schon längst abgestorben sind. Gott wird mit uns sein

würde schon längst abgestorben sind. Gott wird mit uns sein

würde schon längst abgestorben sind. Gott wird mit uns sein

würde schon längst abgestorben sind. Gott wird mit uns sein

würde schon längst abgestorben sind. Gott wird mit uns sein

würde schon längst abgestorben sind. Gott wird mit uns sein

würde schon längst abgestorben sind. Gott wird mit uns sein

würde schon längst abgestorben sind. Gott wird mit uns sein

würde schon längst abgestorben sind. Gott wird mit uns sein

würde schon längst abgestorben sind. Gott wird mit uns sein

würde schon längst abgestorben sind. Gott wird mit uns sein

würde schon längst abgestorben sind. Gott wird mit uns sein

würde schon längst abgestorben sind. Gott wird mit uns sein

würde schon längst abgestorben sind. Gott wird mit uns sein

würde schon längst abgestorben sind. Gott wird mit uns sein

würde schon längst abgestorben sind. Gott wird mit uns sein

würde schon längst abgestorben sind. Gott wird mit uns sein

würde schon längst abgestorben sind. Gott wird mit uns sein

in dieser Zeit der Noth und Gefahr. Also Muth gefaßt, wie werden siegen!

Nachschrift. So eben wird folgende Erklärung hier aus-

gegeben: Ein Beschluß des kurfürstlichen Ministerium des Innern vom 10ten d. M., zunächst an den Stadtrath der Residenz gerichtet, aber auch andern Stadträthen im Lande mitgetheilt, lagt über die Verordnung vom 10ten d. M., den Kriegszustand betreffend, belebende Aufklärung zu geben. Gleichwie der Stadtrath der Residenz alsbald erkannt hat, daß diese Aufklärung von einer rechtlichen Begründung jener Verordnung weit entfernt ist, und nur einen, wie nicht anders sein kann, misslungenen Versuch dazu enthält, so daß er alsbald seinen Protest gegen jene Verordnung erneuert hat, so kann auch andern Stadträthen nicht entgangen sein, wie die Debatte des Ministeriums des Innern aller Begründung entbehrt.

Nur weil dem bleibenden landständischen Ausschuss die Pflicht obliegt, das landständische Interesse zu wahren, sieht er sich veranlaßt, den der Ständeverammlung wiederholt gemachten Vorwurf des Aufzuges nochmals entschieden zurückzuweisen.

Bekanntlich hat eine Veranordnung ordnungsmäßig geforderter Steuern seitens der aufgelösten Ständeverammlung überhaupt nicht stattgefunden; vielmehr sind derselben seitens der Staatsregierung nicht jene Vorlagen gemacht worden, durch welche verfassungsmäßig jede Steueranforderung zu begründen ist.

Die Entschließung der Ständeverammlung ist lediglich in der Richtung erfolgt, welche durch das Verhalten der Staatsregierung geradezu geboten war. Nicht ein Verfassungsbrech, sondern im Gegentheil eine Wahrung der Verfassung ist in dem Verhalten der Landstände zu finden. Und eine Wahrung der Verfassung sollte Aufrechter sein? Zwar sucht das Ministerium des Innern diesen Vorwurf durch einen Bundesbeschlusse vom Jahre 1832 zu beseitigen. Derselbe hat dabei aber vergessen, daß der deutsche Bund bereits im Jahre 1848 in seinem Organe und seiner Verfassung sich aufgelöst hat. Könnte man aber auch annehmen, daß jener Bundesbeschlusse noch Geltung hätte, so hat doch das Ministerium nicht bedacht, daß es selbst durch die überleitete Auflösung der vorliegenden Ständeverammlung die Erhebung der Steuern volle zwei Monate hindurch unmöglich gemacht hat, und daß gerade die Staatsregierung nicht nur für jene Zeit etwaige Vorwürfe ihrer alten Verbindlichkeiten auf sich nehmen, sondern auch für jetzt dieselben allein tragen muß, wo sie durch Unterlassung verfassungsmäßiger Vorlagen die Landstände nicht in die Lage gesetzt hat, Steuern freiwillig zu können. Ueberhaupt aber ist die Forderung falsch, die das Ministerium des Innern aus seinem Bundesbeschlusse vom Jahre 1832 zu ziehen sucht. Ein Recht, wonach es Aufrechter wäre, wenn eine Ständeverammlung nicht ohne Weiteres der Staatsregierung die geforderten Steuern verwilligen wollte, wäre kein Recht mehr und besteht nirgend in der Welt. So schwere Vorwürfe auch auf den deutschen Bund geküßt worden sind, so kann man ihm doch den nicht machen, ein solches Recht geschaffen zu haben: Das Gewohnheitsrecht der entgegengesetzten Auslegung des künftigen Ministeriums des Innern leuchtet einem Jeden ein, der den betreffenden Bundesbeschlusse liest. Es braucht dieses jedoch um so weniger hier noch darauf zu werden, als die einschlägige Norm der Bundesgesetze in der vom Minister Hassenpflug konträrktirten Verordnung vom 26. November 1834 zu finden wäre. In dem damals bekannt gemachten Bundesbeschlusse heißt es:

„Für den Fall, daß in einem Bundesstaate zwischen der Regierung und den Ständen über die Auslegung der Verfassung, oder über die Grenzen der bei Ausübung bestimmter Rechte des Regenten den Ständen eingeräumten Mitwirkung, namentlich durch Besetzung der zur Führung einer Bundespflichten und der Landesverwaltung erforderlichen Regierung erforderlichen Mittel, Irrungen entstehen, und alle verfassungsmäßigen und mit dem Gesetze vereinbarten Wege zu deren genügender Befriedigung ohne Erfolg eingeleitet worden sind, verpflichten sich die Bundesglieder, als solche, gegen einander, ehe sie die Tagesordnung des Bundes nachsuchen, die Entscheidung solcher Streitigkeiten durch Schiedsrichter auf dem in den folgenden Artikeln bezeichneten Wege zu veranlassen.“

Steuerverweigerung, wenn sie wirklich vorläge, würde daher selbst im Sinne der vorhinigen Bundesgesetze keineswegs Aufrechter gewesen, sondern eine einfache Differenz, die nachdem die landesverfassungsmäßigen Wege ohne Erfolg eingeleitet worden, zu nichts mehr und nichts weniger als zu einem Schiedsgericht hätte führen müssen.

Ein ganzes Land ist wegen Aufzuges in den Kriegszustand erklärt worden, in welchem nach dem eigenen Ausspruch des Ministeriums überall gesetzliche Ordnung besteht; die verfassungsmäßigen Vertreter des Landes aber werden zu Aufzügen gestempelt, weil sie streng ihre Pflicht erfüllt haben. Weil die Ständeverammlung die Ständeverammlung übertritten der Landesverfassung und der Gesetze zu angemessen sind, um weggelassen werden zu können, muß ein Bundesbeschlusse als Vorwand dienen, dessen Geltung von jeher zweifelhaft war, dessen Auslegung jedenfalls sehr beschränkt ist. Der jüngere Bundesbeschlusse aber, nach welchem in dem Verhalten der Landstände nichts aus der Entfernung an Aufrechter mahnen muß als äußere Veranlassung zu einer Verordnung dienen, so der sonst jeder Schein fehlt. Mit Unrecht wird aus der bloßen Conträrktirung die unbefugte Gültigkeit einer der Verfassung und das Gesetz abändernden Verordnung gefolgert, während bei Befürwortung einer jeden solchen Abänderung der landständischen Zustimmung ausdrücklich gedacht sein soll, und eine aus ganz besonderen Umständen ers folgende einstweilige Abänderung die Zustimmung des bleibenden landständischen Ausschusses bedürftig ist.

Dieses sind die Voraussetzungen und Folgerungen, auf welche hin, die demaligen Statthalter des Landesfürsten unter nur nach gesetzlicher Freiheit und Ordnung firendes Vaterland mitten im tiefsten Frieden in Kriegszustand versetzt haben.

Ein Jeder wird sie nach Gebühr würdigen!

Kassel, am 11. Septbr. 1850.

Der bleibende landständische Ausschuss.

Schwarzenberg. Henkel. Bayrhoffer. Kellner. Gräf.

Kassel, 13. September. (Der Kurfürst) ist bei nächster Willen von hier weggegangen. Sein Wagen ist heute früh nach 4 Uhr auf der Straße nach Göttingen der hannoverschen Post begegnet. Die Minister sind mit ihm gegangen. Die Stabs-Offiziere haben gestern zu erkennen gegeben, daß das Ministerium einen Verfassungsbrech beabsichtigt, den sie nicht zu unterstützen gedächten. Das Leibregiment hat gemurrt, weil es schon an Unterhaltsmitteln, an Quartier u. dergl. Die Reservisten sind heute wieder auseinander gegangen. (M. 3.)

Hannover, 13. September. Abends halb 10 Uhr. So eben ist der Kurfürst von Kassel hier angekommen und im Britisch Hotel abgestiegen. Seine Minister sind nicht bei ihm. (S. f. M.)

[Die unruhigen Auftritte] der letzten Abende haben die Polizeidirektion veranlaßt, zu verordnen, daß Abends nach 8 Uhr alle Diensthofen, Arbeiter, Lehrlinge und Kinder zu Hause gehalten werden sollen, daß bei unruhigen Bewegungen in einer Straße die Häuser dieser Straße zu verschließen sind, daß in Herbergen und Schankwirtschaften nach 10 Uhr Abends keine Gäste mehr gebudelt werden sollen. Gegen wiederholte Ruheforderungen soll mit aller Strenge eingeschritten werden.

*) Bereits in dem heute früh ausgegebenen Extrablatt mitgetheilt.

**) Die bald darauf erfolgte Abreise des Kurfürsten nach Köln ist bereits durch die telegraphische Depesche der gestrigen Bresl. Z. gemeldet worden.

*) Bereits in dem heute früh ausgegebenen Extrablatt mitgetheilt.

